

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 17

Artikel: Die Übersee-Expansion der UdSSR
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095570>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die dialektisch-taktische Begründung zu seiner Stellungnahme relativiert diese zwar, aber immerhin ist ersichtlich, dass vom damaligen Standpunkt Lenins aus nur die Nation in ihrer Gesamtheit und nicht das Proletariat als Subjekt des Selbstbestimmungsrechts anzusehen war. Diese Konzeption Lenins ist seitdem offiziell nie mehr in Frage gestellt worden. Seine Auffassung, dass nur die Gesamtnation als Träger des Selbstbestimmungsrechts anzusehen sei, ist auch heute noch als ein integrierender Bestandteil der marxistisch-leninistischen Ideologie anzusehen.

Wie steht es mit der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf Vietnam? Unter der Voraussetzung, dass auch dem De-facto-Staat des Südens grundsätzlich für sich das Selbstbestimmungsrecht zusteht, ist dieses Recht etwa von den USA ausdrücklich bejaht worden. So sagte der amerikanische UNO-Vertreter Rosenberg 1966: «... die Notwendigkeit, dem südvietnamesischen Volk dasselbe Selbstbestimmungsrecht zu sichern, über welches alle Nationen verfügen, das Recht über sein eigenes politisches Schicksal ohne jedwede Einmischung von Ausenenseite zu entscheiden, damit ist meine Regierung ohne jeden Vorbehalt einverstanden...» Er fügte bei, dass der Volksentscheid in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes selbstverständlich unter internationaler Kontrolle stehen müsste (d. h. unter Mitkontrolle kommunistischer Staaten), was nach amerikanischem Willen selbst eine amerikanische Verfälschung des südvietnamesischen Selbstbestimmungsrechts ausschliessen sollte.

Diese beantragte Lösung entspricht der marxistisch-leninistischen Ideologie. Auch hatte die kommunistische Seite bisher nicht so sehr die gesamtvietnamesische Argumentation dagegen ins Feld geführt (obwohl sie freilich immer mitspielte), als vielmehr namentlich zuhänden der weiteren Öffentlichkeit erklärt, dass die «amerikanische Aggression» die Selbstbestimmung gerade im Süden des geteilten Landes verunmögliche.

Allgemeine Wahlen: Wer hätte den Test zu fürchten?

Darnach sollte der Saigoner Regierungsvorschlag auf Abhaltung freier, geheimer Wahlen unter internationaler Kontrolle und Teilnahme der Befreiungsfront eigentlich nicht mit der linken Hand unter den Tisch gewischt werden können. Denn dieser Vorschlag würde die Verwirklichung eines leninistischen Postulates ermöglichen, sofern den Kommunisten daran gelegen wäre.

Nun aber wurde dieser Vorschlag, wie auch frühere Vorschläge zur kontrollierten Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, sowohl von Hanoi als auch von der Befreiungsfront glatt zurückgewiesen. Von jenen Kräften gerade, welche immer proklamiert haben, dass die Bevölkerung Südvietnams ihrem Programm zustimme und dass nur die amerikanische Macht die Aeusserung dieses Willens verunmögliche. Nun, wenn das zutrifft, dann könnten diese Kräfte ja dank den Wahlen ohne eine weitere Kriegsführung die Sache für sich entscheiden. Oder glauben sie, dass sich die Amerikaner einem solchen Entscheid nicht fügen würden? Dann wären ja die Wahlen das beste Mittel, Washington vor der ganzen Welt restlos blosszustellen. Schlimmstenfalls (für Vietcong und Nordvietnam) ginge der Krieg dann mit dieser zusätzlichen Befästung der Amerikaner weiter, bestenfalls müssten ihn die USA auf Druck der internen und weltweiten öffentlichen Mei-

nung ohnehin einstellen, und der Sieg der Nationalen Befreiungsfront stünde gleichzeitig als nachgewiesener Sieg des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts fest.

Wie undemokratisch war Saigon bisher?

Selbstverständlich stellt die Gewährleistung echter Wahlen ein echtes Problem dar.

Weltweit wurde und wird argumentiert, dass die südvietnamesische Regierung nicht demokratisch sei und demokratische Wahlen weder organisiert habe noch organisieren könne. An einem solchen Urteil ist insofern ein ordentliches Stück Pharisäertum enthalten, als man ausgerechnet Südvietnam in vollem Bürgerkrieg einem Massstab der Demokratie aussetzt, den man sonst bei keinem Entwicklungsland anwendet, schon gar nicht, wenn es unter politisch und ideologisch andern Vorzeichen steht.

Immerhin liess Saigon auch in den bisherigen Wahlen eine Opposition zu, wenn auch nicht die ganze Opposition, immerhin eine Auswahl an Kandidaten, wenn auch nicht die ganze Auswahl. Und darüber hinaus war die Stimmenthaltung als Ausdruck grundsätzlicher Opposition möglich. Sie konnte etwa bei den Wahlen von 1966 von den Regimegegnern offen propagiert werden und wurde es auch (nebst der Stimmenthaltungspropaganda des Vietcong durch Anschläge, «Hinrichtungen» von Kandidaten usw.) in einem solchen Ausmass, dass die Weltöffentlichkeit eine massive Enthaltung erwartete. So hatte der Kampf um die Stimmbeteiligung eigentlichen Referendumscharakter, und als die Beteiligungsquote von 81 Prozent bekannt wurde, musste man in der Weltöffentlichkeit schleunigst das Kriterium umfunktionieren, was mit (soweit richtigen, aber in dieser Hinsicht irrelevanten) Hinweisen auf undemokratische Listenzusammenstellung usw. auch eifrig geschah.

So war Südvietnam schon bisher zwar keine ganze Demokratie, aber doch beträchtlich mehr als eine blosse Scheindemokratie, wie man sie anderswo viel eher zum Nennwert nimmt. Es gibt Länder, in denen es auch nicht möglich wäre, dass ein Oppositionspolitiker den Staatspräsidenten «diktatorisch» und «perfid» nennt, wie es eben in Saigon geschehen ist. Wie müssten die Völker Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei usw. das südvietnamesische Volk um seine blosse Teildemokratie beneiden, da sie in ihren Ländern nicht nur nicht kritisieren dürfen, sondern auch das bejahen müssen, was gegen ihren Willen ist.

So wären in Südvietnam die Voraussetzungen zur Abhaltung geheimer und freier Wahlen unter Mitbeteiligung der grundsätzlichen Opposition keineswegs so schlecht, wie man gemeinhin annimmt. Eine internationale, unter anderm auch kommunistische, Kontrolle könnte auf jeden Fall so viel Garantie geben, dass die Repräsentativität des Volksentscheids einsichtig wäre.

Wahlen 1946 in der Tschechoslowakei: Die Prognosen auf der einen, die Wähler auf der andern Seite

Wir wollen hier an die letzten demokratischen Wahlen in der Tschechoslowakei von 1946 erinnern. Damals hatte die KP alle Argumente für sich: sie führte die Aufteilung des Bodens und die Nationalisierung der Grossbetriebe durch, sie hatte das Innenministerium und die andern wichtigsten Organe in ihrer Hand, sie konnte auf die Befreiung des Landes durch die Sowjetarmee hinweisen usw. Und trotzdem erreichte die Kommunistische Partei in der Slowakei nur 30 Prozent der Stimmen, während die übrigen an die bürgerlichen Parteien gingen. Und jetzt — unter ungünstigen Bedingungen für die Partei — wird behauptet, dass das Volk mit der Kollaborationspolitik von Husak einverstanden ist, und die nächsten «Wahlen» werden diese These «beweisen». 1946 hatte das Volk seinen Willen noch äussern können, weil die Wahlen geheim und von den Parteien kontrolliert waren.

Nachher: Legitimation durch Zwangsabgabe von Einheitslisten

Heute scheint die Nationale Befreiungsfront in Südvietnam ebenso alle Argumente für sich zu haben wie 1946 die Kommunisten in der Tschechoslowakei. Aber sie ist eben keineswegs sicher, ob die Mehrheit der Bevölkerung Südvietnams wirklich, wie es die Weltöffentlichkeit ohne weitere Beweise annimmt, in ihrer Mehrheit den Anschluss an das kommunistische Vietnam befürwortet. Und deshalb will man es — leninistisches Selbstbestimmungsprinzip hin oder her — nicht auf den Volksentscheid ankommen lassen, sondern auf Gewalt. Nach vollzogener Machtergreifung wird man auf geheime und freie Wahlen mit Oppositionsmöglichkeit ohnehin verzichten und sich durch Zwangsabgabe von Einheitslisten legitimieren lassen. Denn die schlichte Tatsache bleibt bestehen, dass noch nie ein kommunistisches Regime durch die freie Willensäusserung des Volkes bei bestehender Alternativmöglichkeit bestätigt wurde. *J. Orlé*

Die Übersee-Expansion der UdSSR

In der Globalpolitik der UdSSR ist die sowjetische Flotte jetzt schon ein sehr wichtiges Instrument. Sie ist als Faktor von Gewicht, gehe es um die Verdrängung der USA als Weltmacht, um die Einkreisung Chinas oder um die Kontrolle über den Nahen Osten. Mit der numerischen Vermehrung von Marine-Einheiten ist es allerdings nicht getan. Soll die UdSSR überall und jederzeit zum Eingreifen bereit sein, muss sie auch um Stützpunkte besorgt sein. Und gerade in dieser Hinsicht sind Moskaus Bestrebungen aufschlussreich. Die Entwicklung zur formellen oder nur faktischen Inbesitznahme einer Reihe von Basen, die seit dem israelisch-arabischen Krieg von 1967 eine Beschleunigung erfahren hat, wird immer mehr zu einem Faktor, der die globalen Machtverhältnisse verändert.

Das Dementi der indischen Regierung, der Sowjetunion Flottenstützpunkte zur Verfügung gestellt zu haben, und die gleichzeitige Bestätigung des Ankaufs sowjetischer Kriegsschiffe haben ein kontroverses Thema an die Öffentlichkeit gebracht.

Laut chinesischer Darstellung («Peking-Rundschau», Nr. 26/1969) war es im Februar vergangenen Jahres zu einem geheim gehaltenen Flottenabkommen zwischen der UdSSR und Indien gekommen. Laut diesem hätte die sowjeti-

Zusammenhänge

Unter allen angeführten Motiven für die Okkupation der Tschechoslowakei vor einem Jahr gehört der Begriff des sowjetischen Missverständnisses zu den zweideutigsten und irreführendsten.

Seit der ominösen Sitzung der fünf späteren Interventionsmächte vom 14./15. Juli 1968 in Warschau, bei der auf Grundlage der durchaus schon dort formulierten «Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität» unverfüllt mit einem Eingreifen gedroht worden war, hatte die damalige CSSR-Führung die sowjetische Führung beschworen, die tschechoslowakische Entwicklung nicht misszuverstehen. Nach erfolgter Invasion fand sich der Ausdruck bei jenen kommunistischen und nicht kommunistischen Kreisen wieder, die mit dem Prager Kurs sympathisierten, ohne daraus antisowjetische Folgerungen ziehen zu wollen. Die Deutung wurde zu einer Plattform, die Bedauern ohne Verurteilung ermöglichte.

Natürlich lässt sich in einem höchst generellen Sinne von einem Missverständnis oder viel eher noch von einem Unverständnis reden. Die KPdSU-Führung brachte der tschechoslowakischen Entwicklung kein Verständnis entgegen. Sie konnte und wollte nicht verstehen, dass das, was in der Tschechoslowakei vor sich ging, mit dem Sozialismus vereinbar sei. Sie konnte und wollte den Weg der KPTsch nicht als kommunistisch einsehen. Sie konnte und wollte die dortige Absage an die bisherige Machtausübung nicht als sozialistische Erneuerung betrachten. Sie konnte und wollte die entstandenen Gegensätze zu ihrer eigenen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit nicht länger als freundschaftlich oder brüderlich hinnehmen. Kurz, die Sowjetführung brachte dem «Prager Frühling» jenes Missverständnis entgegen, das man allgemein einer entgegengesetzten Auffassung entgegenbringt. Im Sinne dieser philosophisch-psychologischen Platitüde gab es also tatsächlich ein sowjetisches Missverständnis.

Aber in keinem andern. Denn konkret trifft das Gegenteil des Missverständnisses zu. Die Sowjetunion hat keineswegs deshalb interveniert, weil sie nicht begriffen hätte, was in der Tschechoslowakei geschah, sondern weil sie es nur zu wohl begriff.

Wer die wohlmeinende Freundlichkeit hat, der Sowjetunion vorzuwerfen, sie habe nicht verstanden, dass das, was in der Tschechoslowakei vor sich gegangen war, «auch» sozialistisch gewesen sei, übersieht willentlich oder unwillentlich, dass die Dinge in Wirklichkeit unvereinbar geworden waren. Entweder war die politische Praxis der Machtausübung in der Sowjetunion sozialistisch, und dann war die entgegengesetzte Praxis in der Tschechoslowakei tatsächlich unsozialistisch. Oder sie war sozialistisch in der CSSR, dann aber nicht in der UdSSR.

Wo in dieser Konfrontation von gegensätzlichen Auffassungen der Sozialismus lag, ist

Die Übersee-Expansion der UdSSR

(Fortsetzung von Seite 3)

sche Seite die Lieferung von Kriegsschiffen, die indische Seite aber die Benutzung «einiger Marinestützpunkte» in Indien durch die Sowjets zugesagt. Unmittelbar nach dieser chinesischen Veröffentlichung und eineinhalb Jahre nach der angeblichen Ueberseeeinkunft hat nun Neu-Delhi die eine Hälfte (die sich ohnehin nicht lange geheimhalten lässt) bestätigt, die andere aber verneint. Dabei ist zu bedenken, dass sowjetische Flottenstützpunkte in Uebersee namentlich im Anfangsstadium kaum als solche deklariert, sondern meist als Reparaturhäfen ausgegeben werden. Jedenfalls lässt sich der indischen Reaktion entnehmen, dass ein geheim gehaltenes Flottenabkommen vermutlich besteht, und die indische Gegenleistung wirkt in der chinesischen Darstellung tatsächlich plausibel, zumal sie sich mit der allgemeinen sowjetischen Ueberseepolitik deckt.

Laut «Peking-Rundschau» ist der Indische Ozean der Angelpunkt der sowjetischen Uebersee-Expansion. Sowohl die UdSSR als auch Indien bereiten sich darauf vor, gemeinsam das Vakuum aufzufüllen, das nach dem Abzug der britischen Flotte aus den Gebieten östlich von Suez zurückbleibt. Im Arabischen Meer vor der indischen Westküste manövrierte ein permanenter sowjetischer Flottenverband, der aus 14 Schiffen besteht. Auch habe der sowjetische Flottenbefehlshaber Gorschkow (der letztes Jahr mit weiteren sowjetischen Admirälen Indien bereiste) enthüllt, dass ein sowjetisches Atom-U-Boot eine viermonatige Kreuzfahrt durch den Indischen Ozean unternommen habe.

Die sowjetische Flottenaufrüstung, die sich zum Ziel setzte, den USA überall auf der Welt den Rang abzulaufen, hat in den letzten Jahren tatsächlich enorme Fortschritte zu verzeichnen. Noch deutlicher als zuvor konzentriert sich die Rüstung auf die Unterseebootwaffe und auf schnelle Raketenkreuzer und Raketenzerstörer. Demnächst dürfte die Zahl der U-Boote die

500-Grenze erreicht haben, und bis Ende dieses Jahres werden etwa 60 davon atomaren Antrieb haben. Gegenwärtig sollen etwa 40 Einheiten der Unterseebootwaffe mit durchschnittlich drei ballistischen Raketen ausgerüstet sein. Doch werden laufend U-Boote des Polaris-Typs in Dienst genommen, die 16 Raketen an Bord aufnehmen können. Zurzeit verfügt die Sowjetunion über 34 raketenbewaffnete grosse Ueberwasserschiffe, deren Boden-Boden-Raketen Reichweiten zwischen 500 und 700 km aufweisen. Die Zahl der Raketenschnellboote wird mit 162 angegeben. Dazu kommen einige hundert Einheiten mit konventioneller Bewaffnung. Eine relative Neuheit sind dabei die Helikopter-Trägerschiffe, die sowohl zur Unterstützung von Unterseebooten als auch in amphibischen Operationen von Landstreitkräften dienen können.

Sehr viele Einheiten der sowjetischen Handelsflotte sind im kriegsmässigen Einsatz als Hilfskreuzer und Versorgungsschiffe verwendbar. Auch diese ist in ständigem Steigen begriffen. Zurzeit verfügt sie über gut 11 Millionen Bruttoregistertonnen. Sowjetischerseits werden die Eisbrecher der Handelsflotte zugerechnet, obwohl evidenterweise auch die Kriegsmarine ihre Dienste in Anspruch nehmen muss. Ueber die jetzt schon stattfindende militärische Verwendung von Fischereifahrzeugen war man früher auf westliche Quellen angewiesen, doch wird sie nunmehr auch von chinesischer Seite bestätigt. So heisst es in der «Peking-Rundschau» dazu: «Häufig werden solche Häfen (Ueberseehäfen in Ländern, in denen die Sowjets keine direkten Stützpunkte errichten können) von sowjetrevisionistischen Kriegsschiffen, die als Fischereischiffe getarnt sind, angelaufen. Sowjetrevisionistische Spionageschiffe, als Fischereischiffe mit Netzen aufgemacht oder als Schiffe zum Zwecke 'ozeanographischer Untersuchungen' ausgegeben, registrieren elektronische Informationen...»

Heute operieren die sowjetischen Flotten praktisch auf allen Meeren. Die Anstrengungen konzentrieren sich dabei nicht nur auf das Mittel-

meer (wo sich zurzeit 60 sowjetische Kriegsschiffe aufhalten) und den Indischen Ozean, sondern namentlich auch auf den Pazifik. Der Ausbau dieser Flotte ist in den letzten Jahren sehr intensiv erfolgt. Sie verfügt über mehr als 50 Kreuzer, Zerstörer beziehungsweise andere Ueberwasserschiffe, mehr als 100 Unterseeboote und soll überdies laut chinesischen Angaben noch durch «einige neuartige Kreuzer» verstärkt werden. Bei dieser globalen Ausbreitung ist es eigentlich nichts anderes als selbstverständlich, dass die Sowjets auf die Einrichtung eigener Flottenstützpunkte bedacht sein müssen. Ob nun solche Einrichtungen direkt als Militärbasen dienen, wie es bereits für die wichtigsten Häfen der ägyptischen Küste, für Algerien und Syrien der Fall ist, oder als Reparaturhäfen ausgegeben werden, ist eher rangmässig von Belang, wobei die offizielle Bezeichnung derartiger Stützpunkte immer noch eine Frage der politischen Opportunität ist (wie jetzt in Indien). ■

Briefe

Weltraumrecht und militärische Bedrohung

Im Schlussteil des Artikels über das Weltraumrecht vermisste ich einen Hinweis auf den «MOBS» (Mobile Bombardement System). Als der frühere Verteidigungsminister Robert S. McNamara im November 1967 mitteilte, die Sowjets seien dabei, «sub-orbitale» Kampfmittel zu entwickeln, sprach er lediglich von einem «FOBS» (Fractional Orbital System), womit Raketen mit thermonuklearer Ladung gemeint sind, die auf einer halben Umlaufbahn — über den Südpol — gegen die USA fliegen können. Nun zeigt sich, dass die UdSSR bereits auf dem Wege zu einem «MOBS» ist, gegen das es auf lange Sicht keine Abwehr geben kann.